ProMemoria-Info-Brief (Januar 2015)

Informationen - Hinweise - Erläuterungen

<u>Medizinische Versorgungszentren (MVZ) in kommunaler Hand</u>:

„Kommunen dürfen bald Ärzte einstellen“

Ein neues Gesetz soll ab dem 1. August den Weg für Medizinische Versorgungszentren frei machen. Kommunen könnten als Träger auftreten und Ärzte anstellen. Auch ein Modell für den Kreis? "Das ist eine interessante Option", heißt es dort.

Aktuell gibt es viele Initiativen des Kreises, Ärzte in die Region zu locken, um zu verhindern, dass die Versorgung auf Dauer gefährdet ist. Vor einiger Zeit sah sich auf diese Initiative hin eine junge Ärztin im Kreis um und signalisierte anschließend durchaus Interesse daran, sich hier als Unfallchirurgin niederzulassen. Doch das wäre ohne weiteres so gar nicht möglich, weil momentan nur 0,5 Stellen (so genannte "Sitze") in diesem Facharztbereich im Kreis verfügbar sind.

Ein Mediziner aus Kleve begrüßt daher die Anstrengungen des Landrats, weist aber auch auf die schwierigen Rahmenbedingungen hin. So müsste jeder, der eine Einzelpraxis eröffnet, damit rechnen, dass bis zu 60 Prozent der Arbeitszeit für Abrechnung und Verwaltung draufgehen.

Er fände es daher für den Kreis Kleve interessanter, zu prüfen, ob hier nicht Medizinische Versorgungszentren (MVZ) in kommunaler Hand eröffnet werden könnten. Möglich machen soll das das Versorgungsstärkungsgesetz. Momentan liegt dazu ein Gesetzesentwurf vor, wie Heiko Schmitz, Sprecher der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, erläutert. Derzeit gehen alle davon aus, dass das Gesetz zum 1. August in Kraft tritt.

Bei einem solchen MVZ würde die Kommune als Träger auftreten, was bislang noch nicht möglich ist. Die Ärzte würden dann von der Kommune angestellt. Der Gesetzgeber verspricht sich davon, dass Ärzte, die sich niederlassen wollen, damit von Verwaltungsaufgaben entlastet werden. So sieht es auch der Arzt aus Kleve. "Dem Arzt bleibt dadurch mehr Zeit für die Behandlung des Patienten, also für seine eigentlich Arbeit", meint er. Zudem wäre ein MVZ auch ein attraktive Alternative für Mediziner, die nur Teilzeit arbeiten wollen.

Zusätzlich hätte das MVZ mit verschiedenen Facharztdisziplinen für den Patienten den Vorteil, dass es kurze Wege zwischen den verschiedenen Ärzten gebe. Zudem hätten die Mediziner unterschiedlicher Fachrichtungen den Vorteil, sich auf dem kurzen Dienstwege austauschen zu können.

Der Kreis Kleve beobachtet die Entwicklungen offenbar ganz genau. Auch hier sei bekannt, dass vom Bundesgesundheitsministerium geplant ist, künftig medizinische Versorgungszentren in kommunaler Trägerschaft zuzulassen. "Dies ist sicherlich eine interessante Option, dem Ärztemangel in der Fläche entgegenzuwirken", so Jürgen Pastoors vom Büro des Landrats. Voraussichtlich würden im Kreis Kleve bis zum Jahre 2030 alleine bei den Hausärzten 95 Stellen unbesetzt bleiben. "In einer derart prekären Situation müssen alle nur möglichen Optionen in Erwägung gezogen werden. Besser wäre es natürlich, wenn die Zahl der Medizinstudienplätze bedarfsgerecht erhöht und die tatsächliche notwendige Zahl von Ärztinnen und Ärzten ausgebildet würde", meint Pastoors.

Heiko Schmitz von der Kassenärztlichen Vereinigung weist darauf hin, dass ein MVZ nicht das Problem löse, dass Ärzte nur ungern auf das Land wollen. "Das Problem besteht nicht darin, dass wir keine Träger für Arztpraxen finden, sondern dass sich zu wenig Ärzte, speziell Hausärzte, für die Niederlassung entscheiden", sagt er. "Es wäre sinnvoll, die knappen Mittel der Kommunen vor Ort zur Schaffung von guten Rahmenbedingungen für die Niederlassung von Ärzten einzusetzen - wozu unter anderem ein attraktives Umfeld gehört."

Fundstelle:

Rheinische Post (RP-Online) vom 24. Januar 2015